

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 02/2025

Sondervermögen Bildung: VDP fordert klare Ziele und langfristige Investitionen

Berlin, 14. März 2025 – Mit der Einigung auf ein 500 Milliarden Euro schweres Sondervermögen für Infrastruktur haben CDU/CSU und SPD mit Bündnis 90/Die Grünen ein wichtiges Signal für die Zukunft des Bildungswesens in Deutschland gesetzt. Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) begrüßt, dass Bildungsinfrastruktur ausdrücklich als Investitionsbereich benannt ist und fordert nun klare Ziele sowie die Einbindung von Schulträgern und -praxis in die konkrete Ausgestaltung.

Nach der Einigung auf Investitionen in Höhe von insgesamt 500 Mrd. Euro muss Bildung angesichts der aktuellen Herausforderungen im Zuge des Infrastruktur-Sondervermögens einen hohen Stellenwert einnehmen. Bildungsprogramme müssen ausgeweitet und nachhaltig finanziert werden. Nur so kann aus Sicht des VDP dem Investitionsstau im Bildungssektor langfristig entgegenwirkt werden. „Die Modernisierung schulischer Gebäude und Ganztagsbetreuungsorte ist ein wichtiger Schritt. Auch die digitale Infrastruktur bedarf weiterhin einer umfassenden Förderung. Dazu gehören die nachhaltige Finanzierung des Digitalpakt II und darüber hinaus gehende Perspektiven für eine verstetigte Förderung. Zudem braucht es ausreichend qualifizierte Fachkräfte. Ein Teil der Mittel muss deshalb gezielt in die Fachkräftesicherung und Weiterentwicklung fließen“, fordert Dagmar Mager, Präsidentin des VDP.

Um nachhaltige Effekte zu erzielen, müssen langfristige Ziele benannt und Bildungsverbände sowie Schulträger bei Gestaltung und Umsetzung der Maßnahmen einbezogen werden. Dazu gehören auch Schulen in freier Trägerschaft. „Freie Bildungseinrichtungen sind unverzichtbar für die Bildungsvielfalt und -qualität in Deutschland. Sie entlasten das staatliche Schulsystem, bieten individuelle Bildungswege und realisieren innovative Bildungsansätze“, erklärt Dagmar Mager. Deshalb ist ihre gleichberechtigte Förderung und Beteiligung ausdrücklich bei der Ausgestaltung des Investitionsprogramms zu benennen. Auch hier muss das Ziel sein, bürokratische Hürden weitgehend zu vermeiden.

„Die geplante finanzielle Unterstützung ist ein erster Schritt, Deutschland muss seine Bildungsausgaben jedoch dauerhaft auf ein Niveau anheben, das der Bedeutung von Bildung für die Zukunftsfähigkeit des Landes entspricht“, betont VDP Bundesgeschäftsführerin Ellen Jacob. Derzeit investiert Deutschland mit 4,6 Prozent seines BIPs weniger in Bildung als der OECD-Durchschnitt von 4,9 Prozent. Dies steht im Widerspruch zum eigenen Anspruch, eine weltweit führende Innovations- und Forschungskultur zu fördern – denn exzellente Forschung beginnt mit hervorragender Bildung. Dazu zählen neben Infrastrukturinvestitionen auch verlässliche Finanzierungsmodelle, die beispielsweise die Digitalisierung und den Fachkräftemangel im Bildungsbereich entschieden angehen.

Pressekontakt:

Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

Jenny Knoop - knoop@privatschulen.de

Der Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) vertritt die Interessen von Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft im allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulbereich sowie in der Erwachsenenbildung und im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen). Der 1901 gegründete Verband mit Sitz in Berlin bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich. Weitere Informationen finden Sie unter: www.privatschulen.de